

## Präambel

Wir bekennen uns zu den globalen Klimaschutzzielen und orientieren uns am 1,5-Grad-Ziel der Pariser Klimakonferenz, zu dem die Länder im Einklang mit den nationalen und europäischen Vorgaben einen Beitrag leisten wollen. Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor den Auswirkungen des Klimawandels ist eine zentrale Aufgabe, die wir mit nachhaltigen, technologieoffenen und sozial verträglichen Maßnahmen angehen. Klimaschutz muss praktikabel und realistisch umsetzbar sein, damit er Akzeptanz findet und zum Vorbild werden kann. Wirtschaftliche Transformationsprozesse müssen daher noch stärker an der sozialen Marktwirtschaft ausgerichtet werden, um auf wettbewerbsfähige Lösungen zu setzen, die sich an der Lebensrealität der Menschen orientieren. Gerade in Industrieregionen muss ein sozialverträglicher Strukturwandel gestaltet werden.

Nur so kann ein dauerhafter und nachhaltiger Klimaschutz tragfähig in der Gesellschaft verankert werden.

### 1. Ökonomischer Klimaschutz: Nutzung von marktwirtschaftlichen Mechanismen

Der europäische Emissionshandel (ETS) ist ein erfolgreiches Modell, das bewiesen hat, dass die Reduktion von Emissionen auf kosteneffiziente und technologieoffene Weise durch marktwirtschaftliche Mechanismen gelingen kann. Dies minimiert die Belastung für Bevölkerung und Wirtschaft. Dabei müssen die Einnahmen aus dem Emissionshandel genutzt werden zur Unterstützung eines sozialverträglichen Umbaus unserer Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne der Menschen und der Unternehmen vor Ort.

Ergänzend zu den Bemühungen um die notwendige Reduktion von Treibhausgasemissionen sollen auch die Potenziale der CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung stärker in den Blick genommen und mittelfristig in den Emissionshandel integriert werden. Gerade für Industrieregionen mit CO<sub>2</sub>-intensiven Prozessen ist die Integration von Carbon Capture and Storage-Technologien (CCS) und Carbon Capture and Utilization-Verfahren (CCU) eine entscheidende Übergangslösung auf dem Weg zur Klimaneutralität. Es bedarf frühzeitig eines verlässlichen Rechtsrahmens um zielgenaue Förderungen zu ermöglichen. Zudem muss die Forschung intensiviert werden um Anreize für Investitionen in CCS- und später auch CCU-Technologien zu schaffen. So können diese Technologien als Bausteine einer technologieoffenen Klimapolitik etabliert werden.

### 2. Mobilitätstransformation: wettbewerbsneutrale Regulierung und Förderung

Für eine nachhaltige Verkehrstransformation müssen neben der Elektrifizierung des Verkehrs auch der Einsatz von E-Fuels stärker gefördert werden und Konzepte für die verkehrliche Nutzung von Wasserstoff entwickelt werden. Auch wenn synthetische Kraftstoffe trotz besserer CO<sub>2</sub>-Bilanz noch teurer sind als Kerosin, Benzin und Diesel müssen für zukunftssträchtige Antriebsstoffe bereits jetzt finanzielle Vorteile geschaffen werden, damit eine regulatorische Stabilität eintreten kann und Investitionsanreize entstehen.

Dies gilt in besonderem Maße für den internationalen Flugverkehr. Er ist für den grenzüberschreitenden Personen- und Warentransport unverzichtbar, da er die globale wirtschaftliche Vernetzung und internationale Zusammenarbeit überhaupt erst ermöglicht.

Um dabei Klimaziele zu erreichen, bedarf es eines wirksamen, zugleich aber wettbewerbsneutralen Regulierungsrahmens. Eine einseitige Belastung europäischer Flughäfen gegenüber außereuropäischen Drehkreuzen würde nicht nur den Wirtschaftsstandort Europa schwächen, sondern auch den Klimaschutz unterlaufen, da sich Emissionen durch Verlagerung von Flugverbindungen sogar erhöhen könnten. Ziel muss es daher sein, die Dekarbonisierung des Luftverkehrs durch faire und marktorientierte Maßnahmen voranzubringen, die den Luftverkehrsstandort Deutschland im internationalen Wettbewerb nicht benachteiligen. Dazu zählen ein gezielter Ausgleichsmechanismus im Zertifikatehandel für besonders verlagerungsgefährdete Flüge sowie die Einführung eines marktneutralen Finanzierungsinstruments für den Einsatz nachhaltiger Flugkraftstoffe (SAF). Nur so lässt sich ein klimafreundlicher Luftverkehr gestalten, der zugleich wirtschaftlich tragfähig bleibt.

### 3. Carbon Leakage: Dekarbonisierung sozialverträglich und wettbewerbsfähig gestalten

Eine klimapolitisch-bedingte Deindustrialisierung Europas und die folgende Verlagerung von Industrien in Länder mit weniger strengen Umweltstandards gefährdet unseren Wohlstand und schadet langfristig auch dem Klima. Um dies zu verhindern, darf die Anpassungsfähigkeit unserer Industrie bei der Verwirklichung der Klimaziele nicht überfordert werden. Insbesondere der energieintensiven Grundstoffproduktion droht eine Abwanderung ins außereuropäische Ausland, wenn keine industriepolitische Flankierung erfolgt, die es Standorten mit hohen Transformationskosten ermöglicht, wettbewerbsfähig zu bleiben und gleichzeitig den Wandel zur Klimaneutralität zu schaffen. Klimaschutz darf nicht zu Lasten unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit stehen, sondern muss zum Exportschlager werden. Dafür müssen wir die Kraft des europäischen Marktes nutzen. Ein effektiver, WTO-kompatibler Grenzausgleichsmechanismus für CO<sub>2</sub>-intensive Produkte aus Nicht-EU-Staaten ist notwendig, um unsere Industrie wettbewerbsfähig zu transformieren.

### 4. Energietransformation als Business Case: Bezahlbare und verlässliche Energiesicherheit schaffen

Eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung ist eine zentrale Voraussetzung für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort. Deutschland droht in diesem Wettbewerb dauerhaft ins Hintertreffen zu geraten, wenn die Kosten für die Systemtransformation ungebremst an Industrie, Wirtschaft und Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben werden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, hier schnell und entschlossen gegenzusteuern. Netzentgelte und Stromsteuer müssen dauerhaft gesenkt und gedeckelt werden, um eine kalkulatorische Sicherheit zu gewährleisten und Verbraucher zu entlasten. Gerade in strukturell herausgeforderten Industrieregionen muss eine verlässliche Energieversorgung nicht nur bezahlbar, sondern auch planbar und langfristig gesichert sein. Energieintensive Unternehmen brauchen stabile Rahmenbedingungen um Investitionen in klimaneutrale Produktionsverfahren – etwa über Wasserstoff oder Stromdirektreduktion – wirtschaftlich stemmen zu können. Ein erneuerbares Stromsystem erfordert sowohl Speicherkapazitäten als auch Energiesicherheiten. Diese gilt es, schnell, technologieoffen, wettbewerbsfähig und

preiseffizient zu schaffen. Neue Hochspannungsnetze sollen, wo möglich, als Freileitungen realisiert werden. Systemdienliche Energiespeicher müssen rechtlich privilegiert werden, damit sie an den Stellen gebaut werden können, an denen sie dem Netz am meisten nutzen. Darüber hinaus muss die heimische Batterieherstellungsindustrie gestärkt werden, um die Speicherung erneuerbarer Energien zu unterstützen. Dies würde nicht nur die geopolitische Resilienz stärken, sondern auch die wichtige Automobilzulieferindustrie und andere energieintensive Sektoren im Strukturwandel unterstützen.

#### 5. Nachhaltiger Instrumentenmix: Technologieoffene Forschung vermeidet Dunkelflauten

Die Verlässlichkeit der Energieversorgung ist eine wesentliche Grundvoraussetzung für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Diese durch eine technologieoffene, differenzierte Energieversorgung sicherzustellen, erfordert einen breiten Energiemix und ein differenziertes Zusammenspiel zwischen Energieerzeugung, Speicherung und Verteilung. Die Potenziale der Bioenergie für unsere Energieversorgung und eine verlässliche und steuerbare Energiebereitstellung gilt es zu heben, Bestände zu erhalten und auszubauen und für die Stabilität unserer Netze zu nutzen. Sie ermöglicht eine dezentrale Versorgung unabhängig von Gas- oder Erdöllieferungen und fördert zugleich die lokale Wertschöpfung. Der Bund muss dafür den regulatorischen Rahmen schaffen. Auch die Forschung und Förderung wetterunabhängiger, klimaeffizienter Energiequellen muss weiter intensiviert werden. Aus Wissenschaft und Wirtschaft erwachsen vielfältige Chancen, das Energieangebot klimaneutral und wettbewerbsfähig zu erhöhen. Flusswärmepumpen, Tiefengeothermie und Fusionsenergie sind Beispiele für Ansätze, die großes Potenzial haben, eine zentrale Rolle in einem emissionsarmen Deutschland zu spielen. Als Vorreiter in der Forschung und Entwicklung dieser Technologien muss Deutschland diese Bemühungen weiter erfolgreich vorantreiben.

#### 6. Regionalität und Klimaresilienz: Landwirtschaft und Forstwirtschaft stärken

Eine krisenfeste und nachhaltige Agrarpolitik braucht eine ausgewogene Balance zwischen Umwelt- und Klimaschutz sowie der Sicherstellung unserer Ernährung und der Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe. Die wirtschaftliche Stabilität land- und forstwirtschaftlicher Betriebe ist dabei von zentraler Bedeutung für die Versorgungssicherheit ebenso wie für lebendige ländliche Räume.

Eine stärker regional verankerte Lebensmittelproduktion reduziert nicht nur Abhängigkeiten vom Weltmarkt, sondern kann zum Beispiel durch kurze Transportwege auch einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Statt pauschaler Vorgaben braucht die Landwirtschaft verlässliche Rahmenbedingungen, Freiräume für Innovationen und eine faire Vergütung ihrer Leistungen für Umwelt und Klima. In der Flächenkonkurrenz bezüglich freiflächen-Photovoltaik (FF-PV) ist Augenmaß vor Ort gefordert.

Auch in der Forstwirtschaft gilt es, den notwendigen Umbau hin zu klimaresilienten Mischwäldern konsequent zu fördern, um zur Stabilisierung der Wälder beizutragen.

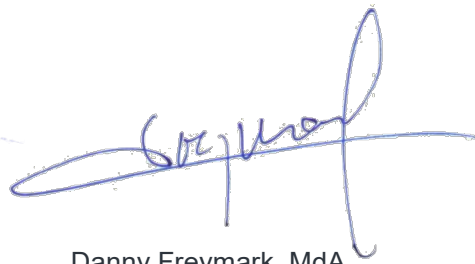
## 7. Reformierter Pragmatismus: Bürokratieabbau zur Klimaschutzförderung

Die Herausforderungen der Transformation brauchen Effizienz und Geschwindigkeit in unseren Planungs- und Genehmigungsverfahren. Ein hoher Bürokratieaufwand und umfangreiche Berichtspflichten bremsen Investitionen in neue Energiefelder und alternative Produktionsketten. Durch die Vermeidung von Doppelstrukturen in den Prüfprozessen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene sowie eine stärkere Digitalisierung der Verwaltung kann der bürokratische Aufwand kosteneffizient gesenkt und Verfahren beschleunigt werden. Synergien müssen genutzt werden, um klimafreundliche Innovationen effizient umzusetzen und Kapazitätsengpässe bei Behörden zu beseitigen. So können gezielte Förderinstrumente schnell und effektiv von den Behörden bearbeitet werden, um die gewünschte Förderwirkung zügig zu erzielen. Gerade im Hinblick auf einen schnellen Netz- und Kapazitätsausbau ist ein schnelles und vereinfachtes Planungs- und Genehmigungsverfahren unerlässlich. Die Länder sind hier bereit, die angekündigten Maßnahmen der künftigen Bundesregierung positiv zu unterstützen.

Wiesbaden, den 29. April 2025



Lena Arnoldt, MdL  
Umweltpolitische Sprecherin der  
CDU-Fraktion im Hessischen Landtag



Danny Freymark, MdA  
Obmann der Umweltpolitischen Sprecher  
der CDU / CSU-Fraktionen Deutschlands